

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schiffahrt: Düsseldorf, Konfektionsstraße Nr. 7. Januar Nr. 423.

Verlag: C. M. Schür, Düsseldorf, Konfektionsstraße 7.  
 Druck und Versand Joh. van Nieu,  
 Crefeld, Luisenstraße Nr. 63-65.  
 Preis: 4092.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Derbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

## Dem Vaterlande.

Vaterland! Wie brausender Jubellang  
 Wilt mir dein Name im Herzen.  
 Dein Kampf, deine Not, deine Schmerzen  
 Werden zum hallenden Schlachtgesang.  
 Werden zum tauchenden Schwerteschlag,  
 Herauszuführen den Siegestag,  
 Deinen Tag, Vaterland!

Vaterland! Sie schmähen dich laut! —  
 Daß du die neidische Kotte nur toben,  
 Blicke du durch das Dunkel nach oben,  
 Fest auf die Treue des Herrn vertraut.  
 Ich will dich lieben in allen Stunden,  
 Gab' ich doch einzig in dir gefunden  
 Mein Glück, Vaterland!

Vaterland! Unter Lindenrauschen  
 Schläft mir in Särgen Geschlecht auf Geschlecht,  
 Mir' freie Herren und doch deine Knecht',  
 Gewohnt, deinem Wort und Befehle zu lauschen,  
 Und wie sie treu dir in Leben und Tod,  
 Schwör' ich dir Treue in Glück und Not,  
 Heimat und Vaterland.

Hans Kalls.

## Zur Rohstoff-Frage nach dem Kriege.

Eine Reihe kolonialpolitischer Schriftsteller hat in jüngster Zeit wieder die Frage der deutschen Rohstoffversorgung nach dem Kriege behandelt und dabei mehr oder weniger einseitig das Thema zugespitzt auf die Lösung: Mittelafrika ist wichtiger als Mitteleuropa. E. Zimmermann stellt die Frage: „Kann uns Mesopotamien deutsche Kolonien ersetzen?“, um sie zu verneinen. Warum diese Zuspitzung? Wer hat denn bisher behauptet, daß Mesopotamien deutsche Kolonialpolitik überflüssig machen solle? P. Leutwein setzt ausdrücklich „Mitteleuropa-Mittelafrika“ in Gegensatz, wobei auch er den Begriff „Mitteleuropa“ unter Einschluss von Vorderasien bis Mesopotamien verstanden wissen will. Er meint, auf dem Balkan und in Vorderasien werde die wirtschaftliche Entwicklung Menschenalter brauchen, läßt aber die Frage unberührt, wie lange Mittelafrika brauchen werde, uns von amerikanischen Baumwolllieferungen frei zu machen. Dr. Karstedt bespricht „Deutschlands koloniale Not und meint gleichfalls, Mittelafrika müsse uns unabhängig machen von fremden Rohstoff-Monopolen.“

Prüft man die Dinge recht und ohne Voreingenommenheit, so kann man wohl kaum Geschmack finden an der Fragestellung: Kolonialmacht oder Kontinentalmacht? Mittelafrika oder Mitteleuropa? Man wird vielmehr finden und ehrlich feststellen müssen: 1. daß deutsche Kolonialpolitik nötig, aber nur von starker Kontinentalpolitik und starker Seebasis aus genügend gesichert ist; 2. daß weder Mitteleuropa noch Mittelafrika, noch selbst Mitteleuropa und Mittelafrika Deutschlands Versorgung mit Rohstoffen ausreichend gewährleisten.

Wenn wir kurz die wichtigsten deutschen Einfuhrposten unter dem Gesichtspunkte ihrer tatsächlichen und ihrer künftigen

vielleicht möglichen Herkunft durchgehen, so sehen wir in ganz rohen Umrissen folgendes: 1. Nahrungs- und Futtermittel: Weizen 417 Millionen, Gerste 390, Eier 194, Meie 149, Schmalz 147, Leinsaat 130, Butter 119, Delfuchen 119, Palmkerne 104, Reis 104, Mais 102 Millionen. Hauptherkunftsländer: Amerika, Rußland und für Pflanzenfette Afrika, für Reis Indien. Stärkere Bezugsmöglichkeiten für Getreide, tierische Fette und Mais: Intensivere Kultur im alten Westrußland, auf dem Balkan und in Vorderasien, auch für Leinsaat. Nur für Pflanzenfette: Afrika. 2. Industrielle Rohstoffe: Baumwolle 607 Millionen, Schafwolle 413, Kupfer 353, Rinds- und Büffelhäute 322, Eisenerze 227, Felle 188, Chilisalpeter (künftig wegfallend) 172, Rohseide 158, Kautschuk 147, Nadelholz 135, Kopro 122, Baumwollengarn 116, Wollgarn 108 Millionen. Hauptherkunftsländer: Amerika, Indien, Australien usw., nur für Kautschuk und Kopro auch Afrika. Stärkere Bezugsmöglichkeiten: Für Schafwolle Balkan und Vorderasien, dgl. für Rohseide, ev. auch für Häute. Für Baumwolle nach längerer Arbeit Afrika und Mesopotamien. Für Kupfer der Balkan und Zentralafrika, jedoch beide nicht entfernt ausreichend.

Demnach verbleibt die Tatsache, daß zwar Mitteleuropa-Vorderasien und auch Afrika uns von manchen fremden Bezügen unabhängiger machen können, daß aber für große Gebiete unserer Rohstoffeinfuhr weder Mitteleuropa noch Mittelafrika, noch beide zusammen ausreichende Bedarfsdeckung aufzubringen vermögen.

Der internationale Außenhandel bleibt uns auch nach dem Kriege wieder unter allen Umständen nötig. In seinem Interesse aber brauchen wir einmal die wirkliche Freiheit der Meere, und vor allem die Abwehr monopolistischer Beherrschung gewisser Rohstoffmächte.

Die Freiheit der Meere soll uns der uneingeschränkte U-Bootkrieg gegen England bringen. Gegen die Rohstoffmonopole müssen wir uns zur Wehr zu setzen suchen durch planmäßige Nutzung unserer Wirtschaftsmacht als bedeutender, bei richtiger Zusammenfassung der Kräfte stärkster Kunde, auch durch Nutzung der Monopolstellung, die wir selbst auf gewissen Wirtschaftsgebieten geltend machen können.

Lassen wir also den häuslichen Zwist Mitteleuropa oder Mittelafrika! Suchen wir vielmehr in Europa-Vorderasien und in Afrika eine solche Wirtschaftsmacht auf die Beine zu stellen, daß der Weltmarkt zur Erkenntnis kommt, wie sehr er uns braucht. Machen wir uns nach Kräften unabhängig von überflüssiger Einfuhr, unabhängig besonders auch von fremder Vermittlung im Welthandel — rüsten wir uns alle für den Notfall mit unseren vorhandenen Wirtschaftskräften auch zur „Offensiv-Defensiv“ im Wirtschaftskrieg nach dem Kriege — dann werden wir allen künftigen Gefahren der Rohstoffversorgung zu trotzen vermögen. Falsch aber wäre es, entweder nur auf die Karte „Mitteleuropa“ zu setzen, oder unter Vernachlässigung der in Mitteleuropa notwendigen Besitzweiterung nur auf die künftige Versorgung aus Mittelafrika, die auch im günstigsten Falle nicht entfernt ausreichen kann. Ueber Mitteleuropa und Mittelafrika hinweg wird auch nach dem Kriege für uns das alte Wort gelten: Navigare necesse est — Seefahrt ist not!

## Generalversammlung der Deutschen Volksversicherung A.-G.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Graf von Posadowsky-Wehner fand am 27. Juni in Berlin die 4. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Volksversicherung A.-G. statt. Die Aktionäre und die Mitglieder des Verwaltungsrates waren in stattlicher Anzahl zu derselben erschienen.

Der erhaltene Geschäftsbericht konstatiert eine dauernd günstige Entwicklung unserer Volksversicherung. Die Zahl der Versicherten hat sich auch im dritten Kriegsjahr wesentlich erhöht. Ueber 150 000 Personen stehen heute in irgendeinem Versicherungsverhältnis zur Deutschen Volksversicherung. Diesem Resultat ist gegenüberzustellen, daß der Versicherungsbestand 1913 erst 10 083 betrug. Im Jahre 1916 schlossen sich acht bisher selbständige Versicherungsunternehmen korporativ dem gemeinnützigen Unternehmen neu an. Auch im Jahre 1917 bewegt sich der Neuzugang an Einzelversicherungsanträgen in aufsteigender Linie. Diese Tatsachen erhärten am augenscheinlichsten die gesunde Grundlage des Unternehmens. Die Deutsche Volksversicherung zählt infolge dieser günstigen Entwicklung zu den Versicherungen, die in den Kriegsjahren dauernd einen Neinzuwachs aufweisen.

Diese erfreulichen Fortschritte wurden erreicht durch die dankenswerte Mitarbeit der der Deutschen Volksversicherung angeschlossenen Vertragsorganisationen. Einzelne von ihnen haben sich durch ihre Mitarbeit besonders verdient gemacht, und steht zu hoffen, daß diese lobenden Beispiele alle Vertragsorganisationen zur Nachahmung anfeuern. Auch die Gründergesellschaften haben die Deutsche Volksversicherung durch ihren Einfluß durch Zuführung von Versicherungen gestärkt. Hervorgehoben zu werden verdient, daß der Stornosatz (Policen, die infolge der Nichtweiterzahlung der Versicherungsbeiträge in Verzug geraten) sich im Geschäftsjahr weiter wesentlich gebessert hat. Dies ist ein deutlicher Beweis für die innere Güte der Versicherungsabchlüsse.

Die Deutsche Kriegsversicherung hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sich ebenfalls günstig weiterentwickelt. Die Zahl der versicherten Kriegsteilnehmer stieg von 58 043 auf 65 689. Die Anzahl der gemeldeten Sterbefälle von Kriegsteilnehmern betrug bisher im ganzen 1392. Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen wird an die Hinterbliebenen versicherter gefallener Krieger ungefähr das 24fache der eingezahlten Beiträge entfallen. Ueber das endgültige Resultat läßt sich aus begreiflichen Gründen zurzeit natürlich noch nichts Bestimmtes sagen. Bekanntlich wird die Kriegsversicherung von der Deutschen Volksversicherung als Wohlfahrtsunternehmen unentgeltlich geführt. Beiträge und Zinsen fließen den Versicherten wieder zu. Der Reserve für Kriegsversicherung wurden im Jahre 1916 33 536,20 M. an Zinsen zugeführt. Insgesamt konnten der Reserve bis jetzt nach Abzug sachlicher Unkosten 56 291,99 Mark an Zinsen gutgeschrieben werden. An Abschlagszahlungen, die während des Krieges in fünffacher Höhe des eingezahlten Beitrages gewährt werden, wurden 75 071,50 M. geleistet.

Wie die äußere, so ist auch die innere Entwicklung der Deutschen Volksversicherung als befriedigend zu bezeichnen. Die Jahresprämieinnahmen steigerten sich insgesamt auf 1 252 101,78 M. Die Zinseneinnahme stieg von 133 554,05 M. im Jahre 1915 auf 167 022,66 M. in 1916. Die Gesamteinnahmen stiegen von 4 002 328 M. auf 5 028 503,98 M.

Demgegenüber haben sich die Verwaltungskosten um 10 Prozent gegen das Vorjahr verringert. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter angesichts der erheblich verteuerten Materialien, erhöhter Gehälter und Steigerung aller Geschäftskosten. Der Organisationsfonds, der der Deutschen Volksversicherung bei ihrer Gründung von den Gründergesellschaften zinslos zur Verfügung gestellt wurde, ist während der Kriegsjahre nur in geringem Maße in Anspruch genommen worden. Es zeigte am Schluß des Geschäftsjahres den Betrag von 457 989,05 M. auf, das ist die gleiche Summe wie im Vorjahr.

Die Ausgaben für Sterbe- und Invaliditätsfälle der Versicherten betragen 246 851,35 M. gegen 166 187,46 M. im

Jahre 1915. Die für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel wurden nicht aufgebraucht. Hieraus ist auf einen günstigen Gesundheitszustand der Versicherten zu schließen.

An den sechs deutschen Kriegsanleihen beteiligte sich die Deutsche Volksversicherung für eigene Rechnung mit insgesamt 2 507 800 M., welche Summe bereits voll eingezahlt ist. Die in 1917 neu eingeführte Kriegsanleiheversicherung hatte trotz der Kürze der zur Propaganda verfügbaren Zeit ein gutes Resultat.

Die Generalversammlung gab ihrer Befriedigung über den günstigen Geschäftsbericht Ausdruck und erteilte dem Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung.

Die Verteilung des verfügbaren Reingewinnes (20 655 M.) wurde nach dem Vorschlage des Aufsichtsrates genehmigt. Es werden zunächst 5 Prozent = 1 032,75 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt und alsdann von dem verbleibenden Rest von 19 622,25 M. gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages 70 Prozent = 13 735,57 M. der Gewinnreserve der Versicherten überwiesen, die damit den Betrag von 68 442,05 M. erreicht. Durch Ueberweisung weiterer 10 Prozent = 1 962,23 Mark an den Wohlfahrtsfonds für die Versicherten wurde dieser auf 9777,43 M. erhöht. 424,45 M. werden zur Erhöhung der Kriegsreserve verwandt. Der verbleibende Rest stand zur Verteilung einer Dividende auf das Aktienkapital zur Verfügung. Die Aktionäre haben jedoch auf die Auszahlung einer Dividende Verzicht geleistet.

Es wurde dankend aus dem Kreise der Mitglieder des Verwaltungsrates, der die Interessenvertretung der Versicherten bei der Gesellschaft als solcher darstellt und der in einer vorhergehenden Sitzung dem Berichte zugestimmt hatte, hervorgehoben, daß die Aktionäre und insbesondere die als Großaktionäre in Betracht kommenden Versicherungsgesellschaften auf Verteilung der ihnen zustehenden Dividende auch in diesem Jahre wie in den Vorjahren einstimmig verzichtet haben.

Die bestimmungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Neu gewählt wurden Herr Stadtrat Hugo Seifert als Vorsitzender des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe in Leipzig, der sich neuerdings der Deutschen Volksversicherung angeschlossen hat, und Herr Pfarrer Christian Kohler in Stuttgart als Vertreter der evangelischen Sänglingsvereine.

Erzellenz Dr. Graf von Posadowsky-Wehner sprach am Schluß der Generalversammlung den Teilnehmern den Dank der Deutschen Volksversicherung aus. Er gab der lebhaften Hoffnung Ausdruck, daß wir die gegenwärtige schwere Zeit bald überwunden haben möchten. Unterdessen muß es Pflicht aller sein, zum Besten der minderbemittelten Bevölkerung die segensreiche Tätigkeit in der Volksversicherung mit allem Eifer und gutem Willen fortzusetzen.

## Kriegserfahrungen einer Baugenossenschaft.

Mancher Hausbesitzer ist durch den Krieg in eine recht mißliche Lage gekommen, ebenso manche Baugenossenschaft, deren Mieteinnahmen zurückgingen, oder deren Bauausführungen eingestellt und die Kapitalzinsen weiter bezahlt werden mußten. Der 16. Jahresbericht des Münchener Wohnungsvereins verzeichnet eine Reihe interessanter Kriegserfahrungen, insbesondere auch solche über das Verhalten der Mieter. Zunächst wird festgestellt, daß der rechnerische Abschluß zu ernstlichen Sorgen noch keinen Anlaß gibt, jedoch die Tilgung der Hypothekenschulden ausgesetzt und auch keine Abschreibungen an den Miethäusern hätten gemacht werden können. Die Bautätigkeit mußte im Berichtsjahre vollständig ruhen. Die Einberufung des technischen und Verwaltungspersonals hat die Instandhaltung der Häuser und deren Verwaltung erschwert. Dazu wird weiter bemerkt: Von den Mietern ist, nach langjährigen Erfahrungen, weder zu verlangen noch zu erwarten, daß sie den Verein auf kleine Mängel von selbst aufmerksam machen, deren Behebung verhältnismäßig einfach und billig wäre. Es bedarf vielmehr ständiger Beaufsichtigung der Bauanlagen durch die Verwaltungsorgane, um große Reparaturen zu vermeiden, und hier beginnt es bereits zu

fehlen. Dazu kommt, daß die Kinder und Halbwüchsigen Burschen in unseren Häusern, da sie der väterlichen Zucht und der Nachschau durch den Hausmeister ledig geworden sind, am Eigentum des Vereins in Wohnungen und Treppenhäusern mutwillig schon manchen Schaden angerichtet haben, dessen Beseitigung, da der Schuldige fast niemals zu ermitteln ist, dem Verein zur Last fällt.

Die Mieteinnahmen sanken mit der Zunahme der Einberufung fortwährend, dabei konnten die laufenden Ausgaben nicht vermindert werden. Nicht unbeträchtliche Ausfälle verursachten die leerstehenden Wohnungen; der gesamte Mietausfall betrug im Berichtsjahre 52886 M. Dazu kommt eine Zurücknahme vom Sparguthaben, die auch eine Verringerung der Betriebsmittel bedeuten.

Von recht üblen Gewohnheiten und Eigenschaften der Mieter weiß die von der Genossenschaft angestellte Wohnungspflegerin zu berichten. Sie sagt, daß die eigentliche Erziehung zu besseren Wohnsitten großen Schwierigkeiten begegne; die lange Abwesenheit des Hausvaters mache sich nicht nur bei den Kindern, sondern auch bei manchen Frauen in unerfreulicher Weise bemerkbar. Unordnung und Vernachlässigung der Wohnung werden oft ohne jede Berechtigung mit der erschweren Lebenshaltung entschuldigt und diesbezügliche gutgemeinte Ratschläge nur unfreundlich aufgenommen oder barsch abgelehnt.

Es zeigt sich auch hier, daß die Wohnungsfrage auch eine Erziehungsfrage ist. Gasteiger sagt in seinem neuen Buche: „Die Arbeiter-Wohnungsfrage“: Es kann und muß die Schule das weibliche Geschlecht auf den großen Wert gesunder Wohnweise und pfleglicher Behandlung der Wohnung hinweisen. Das liegt im genossenschaftlichen Interesse, wie im Interesse der Einzelnen und der Allgemeinheit. S. P.

## Allgemeine Rundschau.

### Weiterzahlung der Familienunterstützung an dienstentlassene Rentenempfänger bei einer Nachbehandlung im Lazarett?

Der Preussische Minister des Innern hat in Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister diese vom Vorstande des Deutschen Städtetages gestellte Anfrage verneint: Der Anspruch auf Fortbezug der Familienunterstützung während einer Wieder- oder Nachbehandlung im Lazarett hängt davon ab, ob die Unterbringung als Wiedereintritt in den Heeresdienst anzusehen ist. Das ist nach § 38 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 zu verneinen. Eine Weitergewährung der Familienunterstützung kann deshalb nicht erfolgen. Es kommt vielmehr § 36 des Mannschaftsversorgungsgesetzes in Frage, wonach den Rentenberechtigten, die Ernährer von Familien sind, während der Dauer ihres Aufenthaltes in militärischen Krankenanstalten die Rente nach Bedürfnis ganz oder zum Teil zur Bestreitung des Unterhaltes ihrer Familie zu gewähren ist. Die Entscheidung hierüber trifft das Stellv. Generalkommando. Der Antrag auf Bewilligung ist bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen. Die neben der Rente etwa gewährten Versorgungsgebühren (Kriegszulage, Verstümmelungszulage) bleiben während des Lazarettaufenthaltes unverkürzt zahlbar.

Soweit hiernach auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes die Rente nicht gewährt werden kann, ist die Gemeinde, in der der Kriegsbeschädigte seinen Wohnsitz hat, berufen, im Wege der allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege Unterstützungen zu gewähren, die bei den örtlichen Fürsorgestellen oder dem Gemeindevorstand zu beantragen sind.

## Aus unserer Industrie.

### Die Gefährdung der englischen Baumwollindustrie durch den Schiffsraummangel.

Ein Bericht aus Liverpool im „Statist“ besagt: Heute ist die Lage unserer Spinnereien und Fabriken sehr viel ungünstiger als vor einigen Monaten, und die Vorkehrungen in

den Spinnereigegebenen für einen längeren Stillstand der Werke zu Ostern zeigen, daß der Preis des Rohstoffs schneller gestiegen ist, als der der fertigen Ware. Schiffsraum-schwierigkeiten bestehen nicht nur für die Heranschaffung des Rohstoffs, sondern auch für die Verschiffung der Waren. Diese führen zu Stauungen und die Spinner und Fabrikanten sind in finanzieller Verlegenheit, da sich Vorräte von Garn und Stoff anhäufen, die nicht verschifft werden können. Gerade zu einer Zeit, wo der erhöhte Preis der Rohbaumwolle größere als normale Ausgaben erfordert, ist das Geld festgelegt. Dabei ist anzunehmen, daß überhaupt Generalunkosten, Löhne und Material so viel mehr Aufwendungen erfordern, daß im allgemeinen bedeutend mehr Geld zum Betrieb einer Fabrik gehört als vor dem Kriege, und wenn dazu noch die Unmöglichkeit raschen Absatzes kommt, so ist es begreiflich, daß sich eine recht schwierige finanzielle Lage ergibt.

Wenn schnellere Verschiffung fertiger, jetzt für Ausfuhr verkaufter Garne und Stoffe ermöglicht werden könnte, so würden manche von Lancashires gegenwärtigen Sorgen verschwinden, aber wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen, wie sie sind, und gerade jetzt ist die Industrie in Manchester behindert und aufgehalten durch die Uebersülle von Waren, die auf den Versand warten. Wir haben keine unmittelbaren Aussichten auf Besserung in dieser Hinsicht und befürchten, daß die Lage der Spinnereien mit dem Fortschreiten der Jahreszeit immer unerfreulicher werde.

Die Schwierigkeiten der englischen Baumwollindustrie sind auch sonst sehr groß. Das geht aus der Begründung hervor, mit der die Baumwollindustriellen eine Forderung der Arbeitnehmer um Lohnerhöhung ablehnten. Es heißt darin:

Im Hinblick auf die Verluste, die wir bereits an den stillstehenden Maschinen erlitten haben, im Hinblick auf die großen Vorräte an Geweben, die aus anormal teurer Baumwolle verarbeitet sind, im Hinblick ferner auf die Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeit, die wohl noch weiter steigen wird, auf das als wahrscheinlich zu bezeichnende ganze oder teilweise Aufhören der Rohbaumwolleinfuhr, auf das drohende Verbot, Mehl und andere Getreidestoffe für die Fabrikation zu verwenden (für die Schlichte und Appretur) und die große Wahrscheinlichkeit, daß noch mehr Männer und Frauen für den Hilfsdienst der Industrie entzogen werden, unter Berücksichtigung ferner der Tatsache, daß viele Fabriken zurzeit nur mit Verlust arbeiten, betrachten wir die Forderung als recht unzeitgemäß. Die Aussichten der Baumwollindustrie sind sehr beunruhigend und bewirken, daß wir für die Zukunft einer schweren Handelskrisis gegenüberstehen und daß noch schwere Prüfungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Zukunft getragen werden müssen. Die meisten Fabriken können nur mit Schwierigkeiten ihre Maschinen in Betrieb halten und eine weitere Lohnerhöhung ist unmöglich zu ertragen.

## Aus dem Verbandsgebiete.

### Lohnbewegungen und Arbeitsstreikzeiten.

#### Bauhen.

Die Arbeiterschaft der Firma „Mechanische Weberei“ ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Veranlassung hierzu boten die überaus niedrigen Löhne. Es wurde festgestellt, daß größtenteils noch im Betriebe dieselben Löhne gezahlt werden wie vor dem Kriege. Allerdings ist der Betrieb auf die Kriegsverhältnisse eingestellt und es wird fast nur noch Papier verarbeitet. Das kann aber nicht die Tatsache rechtfertigen, daß Stundenlöhne von 18 Pf. gezahlt werden und daß die Weberinnen teilweise im Accord diesen Lohn pro Stunde noch nicht mal erreichen.

Daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bei der herrschenden Teuerung bei solchen Lohnverhältnissen auf einen großen Tiefstand steht, liegt klar auf der Hand. Unsere Kolleginnen und die örtliche Zeitung des Verbandes machten sich nun an den Versuch heran, eine Besserung der Lohn- und

Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Trotz großer Schwierigkeiten konnten in Besprechungen und Versammlungen, in welchen die Kollegen Schrag und Sparrenberg redeten, eine Anzahl neuer Mitglieder für den Verband gewonnen werden. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, der Firma folgende Wünsche und Forderungen zu unterbreiten:

50% Lohnerhöhung zu den bestehenden Löhnen.

Für Ueberstunden 30% Zuschlag.

Bei Verarbeitung von schlechtem Material, Warten auf Material und bei Reparaturen, welche länger als  $\frac{1}{2}$  Stunde dauern, mindestens ein Stundenlohn, wie die Stundenlohnarbeiter gleichen Alters erhalten.

Die bestehenden Zuschläge, die für bestimmte Arbeiten gezahlt werden, bleiben bestehen.

Dann wird noch eine Erhöhung der wöchentlichen Kriegszulage von M. 1,50 auf M. 2,50 gewünscht.

Hoffentlich ist die Firma einsichtig genug den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft entgegen zu kommen.

An die Arbeiterschaft des Betriebes ergeht aber der Ruf, sich ohne Ausnahme der Organisation anzuschließen. Nur eine straff organisierte Arbeiterschaft kann Erfolge erringen und dauernd behalten.

### Erfolgreiche Lohnbewegung.

Die größere Anzahl der Krefelder Firmen gewährten ihren Arbeitern zwar schon seit längerer Zeit Teuerungszulagen. Jedoch war die Höhe dieser Zulagen sehr unterschiedlich bemessen, keineswegs aber den Teuerungsverhältnissen angepaßt. Nach vorausgegangener Rücksprache mit den Arbeitern der Samt- und Samtbandindustrie, der Stoffwebereien, der Färbereien und Appreturen beantragten die Organisationen, christlicher und deutscher Textilarbeiterverband, durch Schreiben vom 6. Juni bei den Verbänden der Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 40 Prozent für alle in den genannten Industriezweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Verband niederrheinischer Sammet-, Plüsch- und Sammetband-Fabrikanten teilte darauf in einem Schreiben vom 19. Juni mit:

„Der Verband würdigt die Gründe, die Sie für eine seitens der Fabrikanten zu gewährende Zulage vorbringen, ist aber der Ansicht, daß die Bemessung dieser Zulage auf 33 1/2 Prozent den berechtigten Ansprüchen genügen muß. Der Verband hat in seiner Generalversammlung folgenden Beschluß gefaßt:

An Stelle der bisherigen Zulagen wird vom 1. Juli 1917 ab eine feste Kriegszulage von 33 1/2 Prozent auf die Akkord- und Stundenlöhne, gemäß der vereinbarten vor dem 1. August 1914 gültigen Lohnliste gewährt. Bezüglich der Löhne für Nebenarbeiten und Tagelöhner (Wochenlöhner) muß die Festsetzung wie bisher der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen werden.“

Im Schlußsatz dieses Schreibens wird dann noch darauf hingewiesen, daß der gefaßte Beschluß für alle Mitglieder des Verbandes verbindlich ist. Demnach sind also nicht nur die Krefelder Sammet-, Plüsch- und Sammetbandbetriebe gehalten, die vereinbarte Zulage zu zahlen, sondern auch die Firmen in Biersen, Süchteln, Grefrath, Deht, Lobberich, Wülheim a. Rh. u., ausgenommen die Betriebe in Dülken, die dem Verbands nicht angehören.

Zwecks Regelung der Anträge für die Seidenstoffindustrie, für die Färbereien und Appreturen fand am 18. Juni eine Aussprache der beiderseitigen Organisationsleiter mit dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie statt. Dieser teilte mit, daß der Verband seinen Mitgliedern empfehle, den in den einzelnen Betriebszweigen beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Zulage von 25—33 1/2 Prozent zu gewähren. Die Organisationsleiter beantragten, die Differenzierung wegzulassen und eine einheitliche Zulage von 33 1/2 Prozent für alle Arbeiter festzusetzen. Darüber mußte mit dem Verbands der rheinischen Seidenindustrie erneut Rücksprache genommen werden.

Die in den Webereien und Appreturen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am 26. Juni, die Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen am 25. und 27. Juni in zahlreich besuchten Versammlungen zu dem bisherigen Ergebnis der Lohnbewegung Stellung. Einstimmig erklärten dieselben sich mit dem Ergebnis dann einverstanden, wenn die Zulage generell für alle Industriezweige auf 33 1/2 Prozent festgesetzt würde.

In einer darauf folgenden erneuten Aussprache mit dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie erhielten wir die Mitteilung, daß die Angelegenheit den Wünschen der Arbeiter entsprechend wie folgt geregelt sei:

Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie empfiehlt seinen Mitgliedern, an Stelle der bisherigen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen vom 30. Juni ab (d. h. von der ersten Lohnperiode nach dem 30. Juni ab)

in der Färberei und Appretur eine Kriegs- und Teuerungszulage von 33 1/2 Prozent auf die Friedenslöhne (einschließlich der Ueberstunden, aber ausschließlich der Prämien) und

in der Stoffweberei für die Akkordlöhner eine Kriegs- und Teuerungszulage von 33 1/2 Prozent auf die Friedenslöhne, für die Wochenlöhner den einzelnen Verhältnissen entsprechend zu bewilligen.“

Wie uns bereits mitgeteilt wurde, scheinen nicht alle Firmen der Seidenstoffindustrie geneigt zu sein, der Empfehlung ihres Verbandes nachzukommen und es bei einer geringeren Zulage bewenden lassen wollen. Dieses wäre einfach unverständlich und geben wir namens der Arbeiterschaft der Erwartung Ausdruck, daß die Zulage von 33 1/2 Prozent ausnahmslos von allen Firmen gezahlt wird.

Der Verlauf dieser Bewegung hat aber auch für die gesamte Arbeiterschaft erneut bewiesen, daß es ihre unumgängliche Pflicht ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Denn diese allein nur ist in der Lage, die Interessen der Gesamtarbeiterschaft zu wahren und zu vertreten.

### Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Unteroffiz. Oskar Rümmele aus Freiburg, Inhaber der badischen Verdienstmedaille;

Mois Simoné aus Mülhausen i. Elz.;

Johann Rothörl aus Augsburg das bayerische Militärverdienstkreuz.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

### Versammlungskalender.

Ludenwalde. 22. Juli, 5 Uhr, im Lokale Otto ...

### Inhaltsverzeichnis.

Dem Vaterlande. — Artikel: Zur Rohstoff-Frage nach dem Kriege. — Generalversammlung der Deutschen Volksversicherung A.-G. — Kriegserfahrung einer Baugenossenschaft. — Allgemeine Rundschau: Weiterzahlung der Familienunterstützung an dienstentlassene Rentenempfänger bei einer Nachbehandlung im Lazarett? — Aus unserer Industrie: Die Gefährdung der englischen Baumwollindustrie durch den Schiffsraummangel. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Baugen. — Erfolgreiche Lohnbewegung. — Das Eiserne Kreuz. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B.: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Kondorstr. Nr. 7.